Finanzausschuss
Protokoll Nr. FINA/06/2006

über die öffentliche Sitzung am 26.09.2006,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn	:	19:30 Uhr
Ende	:	22:40 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Tobias Koch

Stadtverordnete

Herr Horst Aschmann	
Herr Rudolf Beyrich	i.V.f. Bürgerl. Mitgl. Schädel
Frau Carola Behr	
Herr Harald Düwel	
Herr Rolf Griesenberg	
Herr Gerd Smith	i.V.f. Bürgerl. Mitgl. Marzi

Bürgerliche Mitglieder

Herr Detlef Levenhagen

Es fehlen entschuldigt

Bürgerliche Mitglieder

Herr Horst Marzi
Herr Klaus Schädel

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Hendrik Olschewski	Kinder- und Jugendbeirat

Verwaltung

Herr Horst Kienel	Berichterstatter
Herr Wilhelm Thiele	Leiter FB IV
Herr Arno Petersen	FD ZGW – bis incl. TOP 6
Frau Angela Haase	Protokollführerin

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

2. Festsetzung der Tagesordnung

3. Einwohnerfragestunde

4. Genehmigung des Protokolls Nr. 05/ 2005 vom 22. August 2006

5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

6. Antrag der CDU-Fraktion auf Umwandlung des Fachdienstes "Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)" in einen Eigenbetrieb Schriftlicher Bericht der Verwaltung **2006/051/1**

7. Erlass einer Verwaltungsgebührensatzung **2006/093/1**

8. Verschiedenes

8.1. Nächster Sitzungstermin

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Koch, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Der Finanzausschuss ist beschlussfähig.

2 Festsetzung der Tagesordnung

Herr Olschewski, Mitglied des Kinder- und Jugendbeirates, und das Bürgerliche Ausschussmitglied, Herr Levenhagen, teilen mit, dass sie die nichtöffentliche Vorlage 2006/ 118 nicht erhalten haben. Ferner liegt der schriftliche Bericht der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion auf Umwandlung des Fachdienstes Zentrale Gebäudewirtschaft in einen Eigenbetrieb nicht allen Ausschussmitgliedern vor. Dieser Bericht liegt daher diesem Protokoll bei.

3 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde entfällt.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 05/ 2005 vom 22. August 2006

Es werden keine Einwendungen erhoben. Das Protokoll wird sowohl hinsichtlich des öffentlichen wie des nichtöffentlichen Teils genehmigt.

5 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Der Berichterstatter teilt mit, dass auf städtischen Konten rd. 390.000 € verfügbar sind. Weitere 4,5 Mio. € sind als Tagegeld (Zinssatz: 2,2 %) angelegt.

Für Routineausgaben wie Gehälter, die Kreisumlage, die Abschläge zur Defizitdeckung an die Bad GmbH etc. werden bis zur inkl. 43. Kalenderwoche rd. 3,6 Mio. € benötigt. Daneben sind zum 29.09.2006 4,6 Mio. € an die Gasversorgung Ahrensburg als Eigenkapitalzuführung zu entrichten, um diese in die Lage zu versetzen, das Leitungsnetz termingerecht zum 01.10.2006 zu erwerben. Es werden somit mindestens 7,6 Mio. € benötigt.

Unter Berücksichtigung der Ist-Bestände auf den städtischen Konten und des Tagegeldes besteht somit in Kürze ein Defizit von rd. 2,7 Mio. €. Daher wurde TOP 11 „Realisierung der Kreditermächtigung gemäß Haushaltssatzung“ auf die Tagesordnung gesetzt.

Zur Entwicklung der Gewerbesteuern führt der Berichterstatter aus, dass diese vergleichbar Ende August 2006 sei. Unverändert liegt das Anordnungssoll der Gewerbesteuer bei über 25 Mio. €. Um auch nicht vorhersehbare Rückzahlungen tätigen zu können, wurde der Haushaltsansatz von 24 Mio. € veranschlagt. Einige Anträge auf Stundung liegen bereits vor. Die Ist-Einnahmen der Gewerbesteuer betragen zurzeit 18,3 Mio. €.

6 Antrag der CDU-Fraktion auf Umwandlung des Fachdienstes "Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)" in einen Eigenbetrieb 2006/051/1
Schriftlicher Bericht der Verwaltung

- Vorlagen-Nr. 2006/ 051/ 1 -

Da nicht allen Ausschussmitgliedern der schriftliche Sachstandsbericht September 2006 vorliegt, wird dieser dem Protokoll als **Anlage** beigefügt. Die Leiterin des Fachdienstes ZGW ist noch im Jahresurlaub. Der Bericht wird daher durch Herrn Thiele erläutert, ferner durch den stellv. Fachdienstleiter, Herrn Petersen.

Ferner liegt dem Protokoll als **Anlage** der Vermerk des Fachdienstes ZGW zum Ergebnis der Stromsammelausschreibung durch die Kommunalberatung und ServiceGmbH (Kubus) bei.

Herr Thiele führt aus, dass die **digitalen Bestandspläne** zur Erfassung der Grunddaten - insbesondere der Gebäudeflächen - überwiegend mit externer Hilfe fertig gestellt wurden. Ein Restbetrag wird für 2007 erbeten. Erstmals liegen exakte Grundlagen für z. B. Reinigungsausschreibungen vor. Hierauf wird die Einsparung von 95.000 € (1. Ausschreibung Reinigung) zurückgeführt, für den 2. Ausschreibungsblock wird eine Einsparung von bis zu 109.000 € erhofft. Diese Pläne könnten ferner die Grundlage zur Gebäudewertermittlung nach dem Sachzeitwert bilden und sollen die Grundlage für Rettungspläne bzw. deren Aktualisierung sein.

Der Finanzausschuss kritisiert die bisher nicht vollständig bekannten Kosten für die Erstellung digitaler Bestandspläne. Diese sollten transparent und vollständig benannt werden.

Anmerkung der Verwaltung

Die Erstellung digitaler Bestandspläne hat sich insbesondere wegen der Rettungspläne zunächst auf den Schulbereich erstreckt. Intern wurden durch frühere Auszubildende (Bauzeichner) Bestandspläne für die Fritz-Reuter-Schule und die Grundschule Am Schloss erstellt. Da zurzeit kein Bauzeichner ausgebildet wird, war externe Hilfe/ Unterstützung erforderlich. Im Haushaltsjahr 2005 wurden für den Schulbereich (HHSt 8830.6550) erstmals 14.500 € bereitgestellt, im Haushaltsjahr 2006 weitere 86.000 €. Erstellt wurden neu die Bestandspläne für die Grundschule Am Hagen und die Stormarnschule. Es fehlen noch die Bestandpläne für das Schulzentrum, für die Grundschule Am Aalfang mit Turnhalle, für die Sporthalle der Grundschule Reesenbüttel und für die IGS. Vorhanden sind derzeit noch rd. 70.000 €.

Nicht eingeworben wurden bisher Mittel für die Aufnahme digitaler Bestandspläne für andere Gebäude wie Volkshochschule, Stadtbücherei, Rathaus, Kindergärten etc. Diese Bereiche wurden von Herrn Thiele angesprochen. Erwähnenswert ist ferner, dass ursprünglich im Haushaltsplan 2004 unter HHSt 6000.9353 im Vermögenshaushalt 34.500 € für vier Schulen bereitgestellt wurden.

Im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2004 wurde aufgrund akuter Finanzprobleme dieses Haushaltssoll wieder gestrichen. Während der digitale Bestandsplan für das Rathaus ggf. intern erstellt werden soll, sind für die weiteren genannten Gebäude - die keine Schulgebäude sind – Mittel einzuwerben.

Herr Thiele referiert ferner über die Höhe und Zahl der erledigten Aufträge - insbesondere im Bereich der Bauunterhaltung. Den Anwesenden wird verdeutlicht, dass größere Baumaßnahmen nur in den Sommerferien durchgeführt werden können, um den Betrieb von Schulen, Kindergärten etc. nicht zu stören. Dieser Zeitraum sei somit eine Spitzenbelastung für den Fachdienst.

Er führt ferner aus, dass der Fachdienst für die städtischen Gebäude eine **Gebäudeleittechnik** installieren möchte. Der Finanzausschuss erbittet zu dieser neuen Thematik eine umfassende Vorlage, die Kosten für Gebäudeleittechnik aller städtischen Liegenschaften benennen sollte. Die Verwaltung ergänzt, dass diese Vorlage vom Fachdienst für 2007 bereits erbeten wurde und beispielhaft für die IGS in der Investitionsplanung 2008 ein erster Ansatz von 35.000 € für Gebäudeleittechnik vorgesehen sei. Die Gremien könnten 2007 entscheiden, ob sie Gebäudeleittechnik für die städtischen Liegenschaften installieren möchten. Die Verwaltung macht darauf aufmerksam, dass die Einsparrungen für städtische Liegenschaften im Bereich Strom, Gas, Wasser der Vorlage ebenfalls ermittelt und dargestellt werden müssen. Anderenfalls sei kein Einsparungspotential ersichtlich. Auf Nachfrage zur Gebäudeleittechnik teilt Herr Thiele mit, dass der Zustand der Gebäude jetzt umfassend bekannt sei. Es könnten Schwachpunkte der Gebäudenutzung benannt werden. Beispielhaft wird ausgeführt, dass die Kosten für die externe Nutzung durch die Volkshochschule nicht in allen Schulen gleich hoch seien.

Der Finanzausschussvorsitzende und weitere Mitglieder erkundigen sich, ob im Hinblick auf die Erstellung einer Eröffnungsbilanz weitere Mittel benötigt werden. Die Verwaltung macht darauf aufmerksam, dass die Einwerbung dieser Mittel im Rahmen der Umstellung des kameralen Haushaltswesens auf das neue kaufmännische Haushaltswesen vom zuständigen Fachbereich erfolgen wird. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Fachdienst ZGW im Rahmen des Vermieter-/Mieter-Modells Verträge mit den Nutzern abzuschließen habe. Daher sei die Bewertung des Anlagevermögens zeitnah erforderlich.

Aus Sicht des Vorsitzenden sollte der Fachdienst zunächst alle bestehenden Verträge sichten und bewerten, anschließend die Gebäudedaten erfassen und als 3. Schritt das Vermieter-/Mieter-Modell installieren.

Es wird zukünftig ein regelmäßiger Quartalsbericht erbeten. Dieses Feedback sei notwendig, um den Fachdienst ggf. unterstützen zu können. Es sollte regelmäßig mitgeteilt werden, welche Aufgaben erledigt werden konnten und welche – ggf. aus welchen Gründen – verschoben werden mussten.

Zur Sitzung des Finanzausschusses im November 2006 erbittet der Vorsitzende eine Übersicht der noch notwendigen Mittel aus Sicht des Fachdienstes. Eventuell könnte auch die Thematik zur Gebäudeleittechnik in dieser Sitzung mit Zielangabe – in welchen Zeiträumen ist die Gebäudeleittechnik zu installieren – definiert werden.

Herr Petersen berichtet, welche Aufgaben aus kaufmännischer Sicht in 2006 bereits erledigt wurden. Hier wird zunächst auf die Thematik der Feuerlöscher eingegangen. Es wurden vier Angebote abgegeben, eine Einsparung von 4.700 € konnte realisiert werden. Zum Baumschutz sei die Ausschreibung erfolgt, aber noch nicht abgeschlossen. Erfolgt sei ferner die erste Ausschreibung zum Reinigungsbereich. Hierauf wurde bereits hingewiesen. Es wird bestätigt, dass diese Ausschreibung zunächst die Objekte erfasste, die seinerzeit durch den Fachdienst Immobilienmanagement noch nicht neu ausgeschrieben wurden. Erwähnt wird auch die europaweite Stromausschreibung

mit Begleitung der Firma Kubus. Es sei leider nur ein Angebot abgegeben worden, dieses von der Stromversorgung Ahrensburg. Der Strompreis bewege sich im marktgerechten Rahmen. Aufgrund der höheren Strombeschaffungskosten werden sich die Ausgaben der städtischen Liegenschaften um rd. 65.000 € erhöhen.

Der Finanzausschussvorsitzende bittet die Verwaltung, die Haushaltsanmeldungen für 2007 auf diesem Hintergrund zu überprüfen.

Ferner wird nachgefragt, ob die Einheit für die von der Politik gestellten Aufgaben personell und sachlich ausreichend ausgestattet sei. Der Bauamtsleiter weist auf die personelle Verstärkung seit dem 01.08.2006 hin. Zu diesem Zeitpunkt wurde die vakante Stelle des Architekten nachbesetzt und befristet für zwei Jahre eine weitere Kraft eingestellt. Die Routine des Fachdienstes steige, das Denken verändere sich kontinuierlich. Bei kontinuierlicher Besetzung sei eine gute Aufgabenerledigung gegeben.

In diesem Zusammenhang wird auch auf die Nachbesetzung mit einer Zeitarbeitskraft eingegangen. Diese führe z. B. die Aufgabe der Baumkontrolle durch. Auf Nachfrage wird ausgeführt, dass dieses dieselbe Firma sei, die für das öffentliche Grün zuständig sei. Die Aufgabe des Fachdienstes beschränke sich auf die Baumkontrolle auf eigenen städtischen bebauten Grundstücken. Auch diese Kontrolle erfolge 1 x im belaubtem, 1 x im unbelaubtem Zustand.

Es wird ferner berichtet, dass zur funktionalen Ausschreibung der **Sporthalle der IGS** im Rahmen eines ppp-Modelles ein gutes erstes Abstimmungsgespräch stattgefunden habe. Der Abbruch der abgängigen Sporthalle an der IGS könne nur in den Schulferien, d. h. den Sommerferien 2007, erfolgen. Der Vorsitzende bittet, einen Zeitplan zum ppp-Modell dem Protokoll als **Anlage** beizufügen.

Ein Ausschussmitglied fragt nach der Aufgabe des Partners. Hierzu wird berichtet, dass dieser die formale Ausschreibung und den Wirtschaftlichkeitsvergleich durchführe. Das Anforderungsprofil an die Sporthalle sei jedoch von der Stadt selbst zu entwickeln.

Herr Petersen spricht die Hausmeisterproblematik an den Schulen an. Diese dürfen nicht mehr als maximal 48 Stunden/ Woche arbeiten. Gerade im Hinblick auf die Entwicklung der letzten Jahre im Schulbereich zur Betreuten Grundschule bzw. Ganztagsschule wird mitgeteilt, dass die Belastung zunehme und dass besonders im Grundschulbereich eine Identität mit dem Hausmeister erforderlich sei. Die Grundschüler bräuchten einen festen Ansprechpartner. Eingegangen wird auch auf die Problematik des Marstalls. Dort gebe es keinen Hausmeister.

Der Berichterstatter teilt mit, dass der Förderverein Marstall hier die Einstellung einer Person auf mtl. 400 €-Basis erwäge. In diesem Zusammenhang äußert Herr Grieseberg, dass aus seiner Sicht die Reinigung in städtischer Hand bleiben sollte. Der Verein könne hiermit überlastet sein.

Herr Düwel teilt mit, dass an den Grundschulen aus seiner Sicht ein Hausmeister nicht ausgelastet sei – außerdem zu teuer. Er fordert den Fachdienst auf, andere Modelle konzeptionell zu entwickeln, um das geschilderte Zeitproblem mit den vorhandenen Kräften zu lösen. Mit Blick auf das seinerzeit von Mummert und Partner vorgeschlagene „Poolmodell“ wäre es z. B. vorstellbar, dass die Hausmeister – insbesondere an den Grundschulen – während der eigentlichen Schulzeit in „ihrer Schule“ anwesend sind. Wenn es aber um Bereitschaftsdienste oder andere Arbeiten im außerschulischen Bereich geht, ist dieses nicht zwingend erforderlich. Für denkbar wird z. B. gehalten, den Schlüsseldienst oder die Reinigungsaufsicht nicht durch den Hausmeister erledigen zu lassen. Dieses könnten die Nutzer bzw. ein Vorarbeiter übernehmen.

Frau Behr erbittet eine Aufstellung darüber, wie viele Hausmeister in Ahrensburg tätig seien, was diese leisten und wie viel aus Sicht des Fachdienstes benötigt werden.

7 Erlass einer Verwaltungsgebührensatzung 2006/093/1

- Vorlage 2006/ 093 -

Im Hinblick auf die in der vergangenen Sitzung vom Finanzausschuss geäußerten Bedenken zur Höhe der Gebühren nach dem Informationsfreiheitsgesetz wurde sowohl mit dem Städteverband als auch mit anderen Kommunen Rücksprache gehalten. Die versehentlich dem vergangenen Protokoll nicht beigefügte Landesverordnung über Verwaltungsgebühren (Auszug) liegt diesem Protokoll als **Anlage** bei.

Einige Kommunen – wie z. B. die Stadt Bargteheide – erwägen, eine derartige Passage in die kommunale Verwaltungsgebührenordnung nicht aufzunehmen. Zur Begründung wird angeführt, dass die Gebühren in der entsprechenden Landesverordnung geregelt seien und nur deklaratorischen Charakter in der kommunalen Verwaltungsgebührensatzung hätten. Ferner müsste bei jeder Änderung der Landesverordnung auch die Verwaltungsgebührensatzung der Kommune in diesem Punkt geändert werden. Es wurde zu Bedenken gegeben, dass eine konkrete Ergänzung bzw. Interpretierung der Verordnung schwierig sei. Eine derartige Bestimmung könne u. U. zu einer Nichtigkeit dieser Tarifstelle führen, wenn diese über den Rahmen der Verordnung hinausgehe.

Der Vertreter des Städteverbandes empfahl, die Regelung entsprechend der Landesverordnung in die Verwaltungsgebührensatzung mit aufzunehmen, auch wenn dieses rein deklaratorischen Charakter hätte. Es wurde jedoch empfohlen, **nicht** vom Textlaut der Landesverordnung abzuweichen.

Die Verwaltung tendiert dazu, die Tarifstelle zum Informationsfreiheitsgesetz

nicht in die kommunale Verwaltungsgebührensatzung aufzunehmen und insofern die Vorlage erneut zu überarbeiten.

Vor einer endgültigen Entscheidung soll jedoch versucht werden, mit dem Land Rücksprache zu nehmen und die Problematik zu schildern. Insofern wird vorgeschlagen, die Beschlussfassung zurückzustellen.

8 Verschiedenes

8.1 Nächster Sitzungstermin

Der Berichterstatter macht darauf aufmerksam, dass die turnusmäßig nächste Sitzung des Finanzausschusses am Dienstag, dem 24.10.2006, stattfinden würde. Dieser Termin liegt in den Herbstferien. Im Finanzausschuss wird festgestellt, dass vier Anwesende an diesem Termin verhindert sind.

Einvernehmlich wird Dienstag, der 31.10.2006, als nächster Sitzungstermin festgelegt. Der Vorsitzende des Finanzausschusses wird an diesem Termin nicht teilnehmen können. Die Sitzung des Finanzausschusses wird Frau Behr leiten.

Behandelt werden sollte insbes. der Haushaltsentwurf 2007 sowie die Finanz- und Investitionsplanung 2006 – 2010.

gez. Tobias Koch
Vorsitz

gez. Angela Haase
Protokoll